

DER KOMMUNEN-PODCAST

Zukunftsthemen für kommunale Gestalter:innen
kommune360.de/kommunenpodcast

„Berlin kann (doch) was! Sozialraumorientierte Planungskoordination in Treptow-Köpenick“



Folge 12 (Staffel 2) | 16.02.2023

Im Gespräch:

- Simone Catharina Gaul, Moderatorin
- Benjamin von der Ahe, Co-Host des Podcasts, Team Kommune 360°
- Ines Schilling, Leiterin der Sozialraumorientierten Planungskoordination (SPK), Treptow-Köpenick
- Johannes Hipp, Planungsbüro AG.Urban

Der Kommunen-Podcast ist ein Podcast von Kommune360°, einer Initiative von PHINEO, der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung und der Auridis Stiftung. Die erste Staffel entstand in Zusammenarbeit mit dem Programm "Jugend entscheidet" der gemeinnützigen Hertie Stiftung und wurde zusätzlich gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Die zweite Staffel entsteht mit Unterstützung vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Tldh; - 10 Take Away Botschaften

- Vertrauen ist eine wichtige Voraussetzung für die Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Stellen und somit ein wichtiger Erfolgsfaktor für die SPK.
- Politische Akteur:innen sollten sich darüber einig sein, miteinander statt gegeneinander zu arbeiten. Das Herausstellen unterschiedlicher politischer Standpunkte ist auch dann möglich, basiert aber auf einem anderen Selbstverständnis, das Kooperation erst ermöglicht.
- Die SPK ist darauf angewiesen, dass Fachämter in den Austausch treten und Planungsvorhaben teilen. So kann die SPK die Planung aller Ämter bündeln und das Wissen an die Menschen herantragen. Dabei verfolgt die SPK keine inhaltliche Agenda, sondern will dafür sorgen, dass die unterschiedlichen Akteur:innen in einen Austausch treten.
- Auftrag der SPK ist es nicht nur, zwischen den verschiedenen Fachämtern zu vermitteln. Es ist ebenso wichtig Querverbindungen zwischen Vorhaben zu schaffen, damit ressourcenschonend gearbeitet werden kann.
- Austausch zwischen den Kommunen bzw. zwischen Fachabteilungen ist essenziell: Doppelarbeit bzw. langwierige Entwicklungsprozesse können durch das Teilen von Erfahrungswerten vermieden werden und es entstehen bessere Ergebnisse. Dieser Austausch zu fachlichen, methodischen und verwaltungsrechtlichen Themen findet bereits statt.
- Die Verwaltung ist ein starker Partner für die perspektivische Entwicklung von Lebensräumen. Ihr Ziel ist selten die schnelle Lösung eines Problems, sondern die langfristige Perspektive auf die Stadt und ihre Bewohner:innen.
- Externe Dienstleister:innen können Lücken im Verwaltungshandeln schließen. Dazu zählen u.a. flexiblere Arbeits- und Einsatzzeiten (Abend- oder Wochenendarbeit) oder auch die Vermittlung von Entscheidungen (z.B. Durchführung und Moderierung von Veranstaltungen). So stellen sie sich mitunter auch schützend vor die Verwaltung.

- Beteiligung heißt auch, Menschen mit wenig Partizipationserfahrung, aus unterschiedlichen Schichten und aus möglichst vielen Ecken der Stadt bzw. des Bezirks zu erreichen. Dafür müssen unterschiedliche Formate, an verschiedenen Orten und zu unterschiedlichen Zeiten angeboten werden. Auch die Art der Sprache und Diskussion muss berücksichtigt und angepasst werden, damit Beteiligung gelingen kann.
- Kiezkassen sind ein Modellprojekt in Treptow-Köpenick, das den Bürgerhaushalt erlebbarer und greifbarer macht. Sie sollen Menschen dazu ermutigen und dabei unterstützen, Geld bewusst für ihre Lebenswelt zu nutzen.
- Bürger:innen haben Kiezexpertise. Teilhabe und Beteiligung führen auch deshalb zu besseren Ergebnissen. Verwaltung und Politik im Rathaus schauen anders und theoretischer auf das Stadtviertel als die Menschen, die dort wohnen.

Intro

Ines Schilling: Es fängt an bei der politischen Leitung. Wenn die politische Leitung sagt, wir arbeiten nicht gegeneinander, sondern wir arbeiten miteinander. Und dabei können wir uns selbst herausstellen. Dann ist das ein anderes Selbstverständnis. Es geht um Menschen vor Ort. Und dabei Instrumente wie die Bürgerbeteiligung oder auch das bürgerschaftliche Engagement gezielt zu nutzen und sich mit den Experten, nämlich der Fachverwaltung, dazu auszutauschen und den Menschen, die da arbeiten, zu vertrauen, dann kann es nur erfolgreich werden. Und ich bin dankbar, dass ich das nach über dreißig Jahren so erleben darf.

Sprecher: Der Kommunenpodcast. Zukunftsthemen für kommunale Gestalter:innen.

00:00:42

Simone C. Gaul: Hallo und herzlich willkommen zu einer neuen Folge des Kommunen-Podcasts. Wir wollen heute wieder über kooperatives Regieren sprechen. Über spannende Ansätze aus der kommunalen Arbeit, die einen Veränderungsprozess anschieben oder angeschoben haben. Und dafür haben wir heute einen Ausflug gemacht. Wir sind heute im Rathaus von Treptow-Köpenick. Wir haben unsere Mikrofone eingepackt und hier wieder aufgebaut. Das ist einer der zwölf Berliner Bezirke. Und mein Name ist Simone Gaul. Und das Gespräch führt heute mit mir zusammen Benjamin von der Ahe. Von der Initiative Kommune 360°. Der hier neben mir sitzt. Hallo Ben.

Benjamin v. d. Ahe: Hallo.

00:00:22

Simone C. Gaul: Berlin hat 2010 ein Handbuch zur so genannten Sozialraumorientierung veröffentlicht. Und danach in allen Bezirken dieses Prinzip auch etabliert. Und Sozialraumorientierung ist jetzt ganz vereinfacht gesagt, ein Konzept aus der sozialen Arbeit, das eben nicht nur Einzelfallhilfe leisten will, sondern die unmittelbaren Lebenswelten der Menschen in die Ausgestaltung mit einbezieht. Dafür müssen, und hier wird es jetzt interessant, eben alle möglichen Ämter und Abteilungen innerhalb einer Verwaltung auch möglichst gut zusammenarbeiten.

Ines Schilling leitet innerhalb des Bezirksamts die sozialraumorientierte Planungskoordination. Das heißt, sie ist für diese gesamte Kooperation zuständig. Das macht sie inzwischen seit zehn Jahren. Wenn das Internet mir das richtig verraten hat. Und Johannes Hipp, der hier neben ihr sitzt, arbeitet für die AG:Urban. Das ist ein Planungsbüro, da sind Sozialwissenschaftler:innen, Architekt:innen, alle möglichen Menschen zusammen. Und er betreut als externer Partner die Anlaufstelle für Bürgerbeteiligung im Bezirk. Und diese beiden arbeiten seit einigen Jahren eng zusammen. Und wie das so läuft, darüber wollen wir heute sprechen. Liebe Frau Schilling, lieber Herr Hipp, schön dass wir Sie besuchen dürfen. Hallo.

Ines Schilling: Ja hallo.

Johannes Hipp: Hallo auch von mir.

00:02:43

Simone C. Gaul: Vielleicht, Frau Schilling, fangen wir mit Ihnen mal an. Bevor wir so in die Details der Arbeit gehen, würde mich einmal auch total interessieren, wie sind Sie denn überhaupt in der Verwaltung gelandet? Wie kam denn dieser Berufswunsch zustande?

Ines Schilling: Der Berufswunsch in der Verwaltung zu arbeiten war nicht das Überbordende. Sondern ich bin 1986 in die Verwaltung gegangen. Also ich bin ein Urgestein. Und komme ursprünglich aus Sachsen. Habe dort in der Volksbildung mal gearbeitet. Bin dann nach Berlin gewechselt, habe dann mehrere berufliche Stationen gehabt. Ich habe im Sport- und Bäderamt gearbeitet. Ich habe im Sozialamt gearbeitet. Und bin dann im Steuerungsdienst gelandet. Und von dort vor zehn Jahren in die sozialraumorientierte Planungscoordination. Ich glaube, ein schlimmeres Wortgetüm gibt es nicht und wir kürzen es gerne mit SPK ab. Also insofern schon lange in der Verwaltung, ohne mich bewusst dafür entschieden zu haben. Aber mein beruflicher Weg hat mich da einfach hingeführt.

00:03:40

Simone C. Gaul: Was gefällt Ihnen denn in der Verwaltungsarbeit?

Ines Schilling: Ich glaube, mir gefällt die Arbeit. Ob das jetzt Verwaltung ist oder ob das vielleicht auch sogar ein freier Träger hätte sein können, das hat sich damals einfach nicht ergeben. Sondern ich bin nach Berlin gezogen, das hat sich angeboten in der Verwaltung zu arbeiten. Und ich habe hier meine Berufung einfach gefunden. Und es gab für mich nie die Überlegung daraus zu gehen oder zu wechseln. Ich habe mich wohlgefühlt. Ich habe das, was ich gemacht habe mit Leidenschaft gemacht. Ich habe zehn Jahre lang auch ein Stadtteilzentrum geleitet. Das hat mich erfüllt. Ich habe in der Praxis gearbeitet, ich habe in der Verwaltung, in der Theorie gearbeitet. Ich merke, dass ich deutlich mehr in der Praxis verwurzelt bin. Und es ist mir ein Bedürfnis mit den Menschen zu arbeiten. Und dieser Job gibt das her.

„ [...] wir schauen uns aber wirklich bis in kleinste Räume, in so genannten Planungsräumen, an, was gibt es dort und was braucht es dort. [...] Und dann versuchen wir ein abgestimmtes gemeinsames Handeln zu ermöglichen, da wo es sinnvoll, zielführend und zweckmäßig und dann natürlich auch so ist, wie man sich es wünscht als Bürger.“

00:04:23

Simone C. Gaul: Klingt schön. Es klingt auch nach Begeisterung tatsächlich. Und nach Spaß an der Arbeit. Wir wollen heute über Sozialraumorientierung sprechen und über diesen Job mit dem langen Titel, den Sie haben. Können Sie nochmal kurz für die Hörerinnen und Hörer vielleicht erklären, was genau Sozialraumorientierung ist?

Ines Schilling: Es kommt im Prinzip aus der sozialen Arbeit, auch aus dem Bereich der Gemeinwesenarbeit. Und was wir hier in der Verwaltung versucht haben, ist auf diesem Konstrukt der Gemeinwesenarbeit und der so genannten intermediären Arbeit, erkläre ich gleich noch, noch etwas obendrauf zu setzen. Das ist eine Verknüpfung mit stadt-räumlicher Planung, so war es in der Rahmenstrategie der soziale Stadtentwicklung einmal angedacht, dass man versucht, räumliches Planen mit den Menschen vor Ort nochmal auf eine andere Ebene zu heben, Rahmenbedingungen zu schaffen. Nämlich eine Schnittstelle zwischen Politik, also politischen Entscheidungen, der Verwaltung, also Verwaltungshandlung und den Rahmenbedingungen dazu, und eben den Mitgestaltungsmöglichkeiten durch die Menschen, die in diesen Räumen leben, in denen wir ja

planen und in denen wir uns bewegen, um sie da auch mitzunehmen. Wir analysieren zunächst Räume. Wir haben dazu ein so genanntes Kernindikatorenset. Das heißt, wir haben Zahlen, Daten, Fakten. Die wir einsammeln, die wir bewerten und die wir auf die Räume legen. Und das eben ganz kleinräumlich. Also wir schauen uns an, wenn wir mal den Bezirk Treptow-Köpenick nehmen, wir sind der flächenmäßig größte Bezirk, und wir schauen uns aber wirklich bis in kleinste Räume, in so genannten Planungsräumen, an, was gibt es dort und was braucht es dort. Und versuchen dann für diese Räume zu schauen, wie können wir unsere Verwaltungshandlung und eben auch politische Steuerung darauf abbilden. Und dann versuchen wir ein abgestimmtes gemeinsames Handeln zu ermöglichen, da wo es sinnvoll, zielführend und zweckmäßig und dann natürlich auch so ist, wie man sich es wünscht als Bürger. Und dann noch mitgenommen zu werden, wenn die Rahmenbedingungen es dort hergeben. Es geht nicht immer, nicht überall, aber es geht viel.

„Der Gedanke dahinter ist immer, dass eine Teilhabe und eine Beteiligung natürlich auch zu besseren Ergebnissen führt. Weil das Rathaus guckt natürlich auf Stadtviertel immer aus einer sehr theoretischen Sicht. Und die Leute die dort wohnen haben eigentlich die Kiezexpertise.“

00:06:38

Simone C. Gaul: Aber das ist ein ganz gutes Stichwort. Die Bürger:innen mitnehmen. Das heißt, auch Beteiligungskonzepte erarbeiten. Und da kommt jetzt ja dann Herr Hipp ins Spiel. Wie funktioniert das genau? Was ist Ihre Rolle hier?

Johannes Hipp: Um es vielleicht vorweg zu sagen: Ich bin natürlich nicht offizieller Teil der Verwaltung im Sinne eines Angestelltenverhältnisses. Sondern ich bin ein externer Dienstleister mit meinem Team. Vielleicht kann man es ganz gut umschreiben als so etwas wie so eine Serviceeinheit. Also das heißt, alle Verwaltungen können im Grunde auf uns zurückgreifen und sagen, hier bearbeiten wir Projekte, die für die Bürgerschaft interessant sind. Und wo auch Beteiligung notwendig und sinnvoll ist. Es gibt natürlich ganz viele Aspekte, die dem Thema Beteiligung zufallen. Den meisten Leuten fällt vielleicht ein Umbau einer Straße oder Umbau eines Stadtviertels ein. Aber es sind ganz viele Aspekte, die eigentlich beteiligt werden sollten und müssten. Und wir sind bei der SPK angedockt quasi. Was aber nicht heißt, dass wir ausschließlich für diese Sozialraumorientierung arbeiten, sondern auch für ganz viele andere Fachämter. Der Gedanke dahinter ist immer, dass eine Teilhabe und eine Beteiligung natürlich auch zu besseren Ergebnissen führt. Weil das Rathaus guckt natürlich auf Stadtviertel immer aus einer sehr theoretischen Sicht. Und die Leute, die dort wohnen haben eigentlich die Kiezexpertise. Und das Kiezwissen. Wie sie ihre Lebensumfeld vielleicht auch besser gestalten können.

00:07:59

Simone C. Gaul: Haben Sie ein Beispiel?

Ines Schilling: Viele.

Johannes Hipp: Viele. Es reicht natürlich von ganz kleinen Prozessen, wo es um kleine Gestaltungen der Nachbarschaften oder der Innenhöfe geht. Auch das ist ja für viele Leute ganz wichtig.

Ines Schilling: Also ganz konkret kommt da ein Fahrradständer hin oder ein Sandkasten. So etwas?

Johannes Hipp: Zum Beispiel. Wir haben ein ganz großes Instrument, das ist auch sehr einzigartig in Berlin, das ist das Instrument der Kiezkassen. Wo es Budget gibt für gewisse Stadtteile, wo Leute auch kleinteilige Maßnahmen vorschlagen können. Die dann auch mit einem gewissen Budget umgesetzt werden können. Natürlich sprechen wir hier nicht von hunderttausenden von Euros. Aber gerade diese kleinen Maßnahmen, die ganz viel zur Identifikation der Leute mit ihrem Stadtviertel beitragen, können dort umgesetzt werden. Das ist eine sehr direkte Form der Beteiligung.

„Die Kiezkassen sind ein besonderes Modellprojekt hier bei uns im Bezirk, um einen Bürgerhaushalt erlebbarer, handhabbarer und fassbarer zu machen. So ein Haushalt ist ein riesen Berg, den zu durchhingen ist eine Kunst inzwischen. Und Menschen aber dabei zu unterstützen Geld bewusst für ihre Lebenswelt, also für die Räume in denen sie leben, an dem Ort an dem sie leben, zu nutzen, dafür haben wir diese Kiezkassen.“

Ines Schilling: Also ich hatte ja dazu gesagt, wir analysieren Räume. Wir informieren aber eben auch Menschen und wir versuchen sie auch zu aktivieren. Also wir haben in unserem Logo nicht umsonst wir analysieren, informieren, aktivieren. Und was meinen wir mit aktivieren. Wir stellen eben auch Projektmittel zur Verfügung. Einmal bekommen wir von der Landesebene Fördermittel für freiwilliges Engagement in Nachbarschaften. Da können Projekte bis 3.500 Euro beantragt und finanziert werden. Das kann von Schulen, von Kitas genutzt werden. Es sind insbesondere die Fördervereine, die bei uns dann die Anträge stellen. Das kann aber auch von Menschen als Einzelakteur genutzt werden. Also da geht es insbesondere auch um Engagementförderung. Die Kiezkassen sind ein besonderes Modellprojekt hier bei uns im Bezirk, um einen Bürgerhaushalt erlebbarer, handhabbarer und fassbarer zu machen. So ein Haushalt ist ein riesen Berg, den zu durchhingen ist eine Kunst inzwischen. Und Menschen aber dabei zu unterstützen Geld bewusst für ihre Lebenswelt, also für die Räume, in denen sie leben, an dem Ort an dem sie leben, zu nutzen, dafür haben wir diese Kiezkassen. Wir haben einhunderttausend Euro pro Jahr dafür zur Verfügung. Und begleitet wird dieser Prozess von den politischen Vertretungen, nämlich den Bezirksverordneten. Das sind so genannte Kiezpatinnen und Kiezpaten. Die zu Veranstaltungen einladen, die wir digital und analog durchführen. So dass wir, hoffen wir, möglichst viele auch erreichen. Und das sind dann eben viele Aktionen, die kleinteilig in den Räumen stattfinden können. Das kann aber eben auch Ausstattung sein, um zum Beispiel ein Nachbarschaftsfest zu machen, um Kunst und Kultur zu finanzieren. Um vielleicht auch mal einen Grill zu haben, damit man sich einfach als Nachbarn auch treffen kann oder neue Nachbarn auch kennenlernen kann. Gerade in Gebieten, wo wir viele Nachverdichtungen haben. Wo wir viele neu zugezogene Menschen haben. Wie lernt man sich kennen? Man lernt

sich am besten durch Begegnung kennen. Und auch schätzen. Und weiß vom anderen einfach mehr, kann sich unterstützen. Und dazu braucht es manchmal eben auch das ein oder andere Mittel, damit man es nicht privat oder weil man es vielleicht privat so gar nicht aufbringen kann.

„Wie lernt man sich kennen? Man lernt sich am besten durch Begegnung kennen. Und auch schätzen.“

00:11:04

Simone C. Gaul: Das ist ja auch super. Das ist auch sehr niedrigschwellig. Also klingt zumindest so. Als ob man da relativ einfach rankommt. Eine Frage hätte ich jetzt noch: Anträge in Verwaltungen dauern ja oft sehr lange. Wie ist das mit diesen Kiezkassen? Wenn ich jetzt mir als, keine Ahnung, ich aber lange in einer Elterninitiative in der Kita auch mitgearbeitet und wir hatten auch immer mal wieder diesen Punkt, dass wir gesagt haben: Komm, wir stellen mal einen Antrag beim Bezirk für XY, Gartengestaltung oder so etwas. In der Regel dauerte das Monate, bis wir überhaupt auch nur eine Antwort bekommen haben. Was ist mit diesen Kiezkassen? Wie funktioniert das? Wenn ich jetzt beispielsweise eine Kita bin und sage, ich möchte einen Sandkasten und einen Grill, weil wir ein Fest machen wollen und die Nachbarschaft einladen. Kriege ich das dann übermorgen?

Ines Schilling: Dann stellen Sie Ihren Antrag. Eine Kollegin aus unserem Team wird sich dann mit Ihnen in Verbindung setzen und schauen: Passt das in die Förderkulisse? Weil Kitas sind regelfinanziert und Vieles muss aus den Budgets dieser Regelfinanzierung auch bestritten werden. Nicht immer können wir dann sagen, das finanzieren wir. Der Sandkasten ist so der Klassiker. Der gehört zur Ausstattung der Kita, muss über die Kita selbst finanziert werden. Da müssen Sie aber nicht lange warten, dass Sie da eine Antwort bekommen und hoffen, dass sie dieses Geld bekommen, sondern dann sagen wir Ihnen gleich: Der Sandkasten ist es nicht, aber der Lampenumzug mit allen Anwohnern durch den Kiez und dann vielleicht jemanden der ein Instrument dazu spielt, das ist sehr wohl etwas, was die Nachbarschaft belebt und was außerhalb eines Regelauftrags einer Kita ist. Dann können Sie diesen Antrag einreichen, es wird in der Regel eine Kiezkassenveranstaltung, eine Art Bürgerversammlung dazu durchgeführt, dort wird entschieden, wofür das Geld ausgegeben wird. Weil das die Bewohner selbst bestimmen. Nicht wir sagen ist umgesetzt oder nicht. Sondern es gibt ein Budget und gemeinsam überlegt man, wie das Budget ausgeschöpft wird.

Johannes Hipp: Um das vielleicht noch kurz zu ergänzen. Das war eine sehr interne Sicht eines solchen Verwaltungsprozesses. Der normale Bürger oder Bürgerin muss sich damit erst mal nicht auseinandersetzen. Ist das regelfinanziert, wie ist dieser Antrag zu genehmigen. Das sind Dinge, da muss sich das Bezirksamt drum kümmern. Für den Bürger oder Bürgerin ist es erst mal so, sie treten in Kontakt, umschreiben kurz ihre Idee und um den Rest kümmert sich das Bezirksamt. Also die Hürde ist sehr niedrigschwellig.

00:13:23

Benjamin v. d. Ahe: Ich musste auch wirklich schmunzeln als Sie vorhin sagten zum Stichwort Bürgerhaushalt und auch Nachvollziehbarkeit. Ich war ja selber ein paar Jahre

Bürgerdeportierter im Haushaltsausschuss eines anderen Bezirkes und habe das sogar studiert, öffentliches Controlling, Finanzmanagement. Und trotzdem hatte ich äußerste Schwierigkeiten teilweise bei der Planung so eines Doppelhaushalts das nachzuvollziehen. Und dann muss man das mal für die Zuhörerinnen und Zuhörer verdeutlichen. Dass ein Doppelhaushalt, selbst in einem Bezirk, ist das ein eng bedrucktes Produkt was vielleicht fünfzehn Zentimeter dick ist. Oder zwei Teile. Das ist nicht so ohne. Was uns nochmal interessieren würde, ist, mal zu den Anfängen zurück, wie sind Sie beide denn eigentlich zusammengekommen? Oder in den Anfängen hier Ihrer Zusammenarbeit?

Simone C. Gaul: Oder vielleicht können wir sogar noch weiter zurückgehen kurz. Weil Frau Schilling, Sie machen diesen Job jetzt seit zehn Jahren. Und Herr Hipp kam dann später irgendwann dazu. In was für ein kaltes Wasser sind Sie denn damals gesprungen? Wie sah das denn hier so aus?

„Und da sind wir natürlich auch angewiesen darauf, dass Fachämter mit uns reden, dass sie uns sagen, was sie vorhaben, was sie umsetzen möchten. Und das ist das wir leisten können. Dass wir das bündeln. Also wir bündeln nicht die Planung. Die Planung machen die Fachämter alle selbst. Aber wir bringen das Wissen eben zu den Menschen.“

Ines Schilling: Genau. Das ist der richtige Begriff. Ich bin ins kalte Wasser gesprungen. Ich habe mich beworben, konnte mich durchsetzen, habe diesen Job angefangen und dann oh Gott. Was heißt das? Es galt ein Team aufzubauen. Ich habe angefangen mit einer Datenkoordination. Die Datenkoordinatorin und ich, wir haben angefangen Profile, so genannte Bezirksregionenprofile, zu erstellen, um erst mal zu sehen, wie sind die Räume gestaltet. Welche Akteure gibt es auch vor Ort. Wie ist das Engagement. Wie ist die Beteiligung, also bürgerschaftliches Engagement. Wir haben uns also erst mal ein Bild von den Räumen gemacht. Und ich habe unendlich viele Gespräche geführt, um Menschen kennenzulernen. Um weitere Akteure kennenzulernen, die zu diesem Thema unterwegs sind. Natürlich auch wie steht Verwaltung zu diesem Prozess.

Eines meiner ersten Begegnungen war mit der Leitung des Stadtentwicklungsamtes. Sie hat zu mir gesagt, ich habe noch nicht ganz verstanden, was ihr machen sollt, was wir nicht schon längst tun. Ich verstehe noch gar nicht wo die Abgrenzung einer SPK zu den Prozessen im Stadtentwicklungsamt sind. Und da hat sie genau den Nagel auf den Kopf getroffen. Das galt es herauszuarbeiten. Und das ist ein langer Prozess. In dem wir immer noch sind. Ich glaube nicht, dass wir schon hundertprozentig das nutzen, was eine SPK leisten kann. Aber wir sind auf einem sehr guten Weg. Und wir haben uns in den zehn Jahren genau dorthin entwickelt. Nämlich alles das, was fach- und ressortübergreifend in den Raum hinein gedacht werden soll und muss, dass wir das besprechen. Und da sind wir natürlich auch angewiesen darauf, dass Fachämter mit uns reden, dass sie uns sagen, was sie vorhaben, was sie umsetzen möchten. Und das ist das wir leisten können. Dass wir das bündeln. Also wir bündeln nicht die Planung. Die Planung machen die Fachämter alle selbst. Aber wir bringen das Wissen eben zu den Menschen.

00:16:14

Simone C. Gaul: Ich würde gerne einmal nochmal nachfragen zu dem, was Sie gerade auch gesagt hatten, so Abgrenzung zum Stadtplanungsamt zum Beispiel. So wie ich es verstanden habe, und was auch das größere Thema unseres Podcasts ein bisschen ist, ist Ihre Position aber ja doch die einer, die von oben nochmal auf alle Ämter schaut. Auf alle Abteilungen. Wo können wir die Kompetenzen zusammenführen, wo können wir vielleicht auch Arbeit ein bisschen anders aufteilen, anders organisieren. Und das finde ich interessant. Also wie geht dann so eine Verwaltung damit um, wenn dann so eine Frau kommt und sagt, ich bin jetzt auch da und ich mische jetzt bei euch allen so ein bisschen mit?

Ines Schilling: Ja, ich glaube das trifft es gut. Da kommt jetzt jemand, der will jetzt mitmischen. Verwaltung ist klassisch aufgesetzt in Säulen. Jeder denkt in seiner fachlichen Verantwortung. Und das ist auch richtig so. Es sind Fachexperten. Unser Auftrag ist es dazwischen zu vermitteln. Und zu schauen, was macht jeder in seiner fachlichen Verantwortung und wo gibt es sozusagen die Querverbindung. Und wo können wir Ressourcen, die wir woanders nochmal zusätzlich ja aufwenden müssen, vielleicht schon nutzen, weil sie woanders schon gelebt werden oder auch da sind. Und da schauen wir drauf. Wenn wir Projekte initiieren oder auch Fördermittel nutzen, dann schauen wir selbstverständlich, wer ist dazu der Experte und wer macht dazu schon etwas und setzen nicht etwas komplett Neues auf. Weil das ein Aufwand ist, den sich niemand mehr leisten kann. Niemand kann mehr sagen, ich mache etwas doppelt. Sondern es braucht einen guten Überblick, es braucht eine gute Verbindung und was natürlich mein Job ist ein Stück auch diese Prozesse zu moderieren.

Und der große Vorteil ist, als Moderatorin bin ich in einer Loyalitätspflicht und ich bin fachlich gar nicht zuständig. Also ich bin auch nicht in den Zwängen irgendetwas vermitteln zu müssen, wofür ich fachlich stehe oder was ich fachlich unbedingt vielleicht auch durchsetzen möchte. Sondern ich versuche zwischen den jeweiligen Akteuren, das kann Politik sein, das kann ein Akteur aus der Zivilgesellschaft, aus einer aktiven Zivilgesellschaft, einer Organisation, einer Gruppe, einer Initiative sein, und das sind natürlich auch Verwaltungsmitarbeitende. Und dann zu sagen, was eint uns und wie können wir gute Lösungen finden für ein Thema, mit dem wir uns gerade beschäftigen.

Das ist das Thema der Nachverdichtung zum Beispiel. Berlin braucht Wohnungen. Wir brauchen den sozialen Wohnungsbau. Wenn Wohnblöcke in Innenhöfe gestellt werden, ist das für viele natürlich nicht nachvollziehbar. Das ist ein empfundener Mangel in der Lebensqualität. Es bringt Irritation, wer kommt da. Es ist natürlich auch viel Befürchtung da, komme ich mit denen, die dazu kommen, auch klar. Meine Sicht ist eine andere. Da zu vermitteln und zu sagen, wir haben auf der einen Seite die Wohnungsunternehmen, auf der anderen Seite haben wir die Stadtentwicklung. Dann haben wir natürlich auch die Ämter, die für Umwelt, Natur und Grün zuständig sind. Und da einen guten Austausch zu organisieren, das ist etwas, dann komme ich auch zu Johannes, damit er nicht so langweilig neben mir sitzt, wie wir uns auch kennengelernt haben.

00:19:22

Simone C. Gaul: Da schließen wir unsere Klammer. Das war ja die Frage von Ben. Wie Sie zusammengefunden haben. Ja.

Ines Schilling: Also das Land Berlin hat sich natürlich auch aufgemacht irgendwann Leitlinien für Bürgerbeteiligung, für die Stadt erhoben. Wir waren etwas früher dran.

Wir haben gesagt, wir brauchen Leitlinien für eine gute Bürger:innenbeteiligung. Das war uns ein wichtiges Thema. Und haben dazu, klassisch Verwaltung, natürlich eine Ausschreibung gemacht, ein Vergabeverfahren gemacht. Und der Gewinner war AG.Urban. Und gemeinsam mit dem Team von AG.Urban haben wir dann diesen Leitlinienprozess für Treptow-Köpenick angefangen. Dann gab es im Zuge dieser Umsetzung der Leitlinie ein Instrument für Bürger:innenbeteiligung, nämlich das Schaffen einer Anlaufstelle. Eines so genannten Büros für Bürgerbeteiligung. Einmal mit Mitarbeitenden hier bei uns aus der Verwaltung. Und zum anderen eben einem externen Träger. Das kann ein Verein sein, das kann aber eben auch ein Unternehmen sein. Um die Sicht eben auch außerhalb von Verwaltung abbilden zu können, um eine Ansprechperson auch außerhalb von Verwaltung zu haben. Das ist das Potsdamer Modell. Wer sich damit beschäftigt hat.

Das hat Berlin für sich ebenfalls entwickelt und dafür haben wir Fördermittel bekommen. Das heißt, klassisch Verwaltung, wir haben eine Ausschreibung gemacht, wir haben ein Vergabeverfahren gemacht. Und was soll ich sagen? Gewinner war AG.Urban. Ja. Und so sind wir zusammengeblieben. Und damit haben wir jetzt mittlerweile schon beide fast sechs Jahre gute Zusammenarbeit. Und sind gut aufeinander eingespielt. Und können, glaube ich, auch gut die Sichtweisen, einmal die Sicht außerhalb von Verwaltung und einmal innerhalb von Verwaltung, gut miteinander verknüpfen. Wir moderieren viele Veranstaltungen deswegen auch gemeinsam. Weil wir eben so unterschiedliche Blickwinkel auch haben.

„Und was uns immer angetrieben hat war eigentlich zu sagen, die Verwaltung ist ein starker Partner und ein verlässlicher Partner um Dinge auch ohne finanzielle Interessen in der Stadt voranzutreiben.“

00:21:16

Benjamin v. d. Ahe: Sie arbeiten schon so eng zusammen, dass Sie auch hier relativ tiefe Einblicke in die Verwaltung bekommen. Ich weiß nicht, hatten Sie schon vorher solche tiefen Einblicke oder wie war das für Sie in diesen Kontext zu kommen? War das etwas Neues oder was haben Sie da erlebt?

Johannes Hipp: Ich hatte bis auf ein Praktikum im Rahmen meines Studiums eigentlich keine direkte Verbindung oder Erfahrung mit Verwaltung. Aus der internen Sicht heraus. Natürlich extern als Dienstleister schon. Aber die internen Abläufe muss man auch erst lernen. Und die lernt man auch nur durch tatsächliche Anwesenheit in den Runden im Rathaus, in den Gesprächen, die man irgendwo in der Küche führt. Wo sind eigentlich Wege, wo kann man vielleicht auch als Dienstleister Dinge auch manchmal ein bisschen beschleunigen. Und was uns immer angetrieben hat war eigentlich zu sagen, die Verwaltung ist ein starker Partner und ein verlässlicher Partner um Dinge auch ohne finanzielle Interessen in der Stadt voranzutreiben. Und wir als Stadtplaner haben natürlich eine Perspektive, die geht ein paar Jahre weiter. Also unser Ziel ist natürlich nicht die schnelle Lösung eines Problems, sondern wie schaffen wir es die Stadt oder die Bewohnerschaft zwanzig, dreißig, vierzig, hundert Jahre lang eigentlich in guten Verhältnissen unterzubringen. Der Gedanke eine Firma zu gründen war immer darauf beruhend zu sagen, wir müssen diese Prozesse der Beteiligung auch auf ein anderes Level

bringen. Wir müssen sie auch geschmeidiger machen, wir müssen sie auch so hinbekommen, dass jede Bevölkerungsschicht Teil davon ist und nicht nur eine akademische Mittel- oder Oberschicht. Oder auch nur Leute die Zeit haben. Das ist auch ein Problem. Wir agieren natürlich in Arbeitszeiten, wo andere Leute auch arbeiten. Und wir können nicht Beteiligung machen nur mit Leuten, die in der Rente sind oder Zeit haben. Das heißt, wir sind naiv hier rangegangen, haben gesagt, wie haben ganz viele Möglichkeiten, die das Amt nicht hat. Ich kann nach achtzehn Uhr telefonieren, ich kann um zwanzig Uhr eine Veranstaltung machen. Das ist Teil unserer Welt.

Und der naive Gedanke, immer wieder auch diese Lücken in der Verwaltung zu sehen, wo wir als privater Dienstleister auch einfach noch einen weiteren Schritt gehen können, den haben wir noch nicht verloren. Meine Aussagen sind kein Frust der Verwaltung, weil es manchmal auch holprig sein kann. Sondern immer wieder auch zu gucken, wo kann ich angreifen, wo kann man Dinge besser machen, wo kann man unterstützen. Weil nur so kriegen wir auch Prozesse weiter. Wir schaffen das nicht, wenn man stagniert vor gewissen Problemen. Sei es finanziell oder personell. Diese ganzen Schwierigkeiten die andere Kommunen auch haben. Das ist ja kein Problem Treptow-Köpenicks. Was ich aber noch dazu sagen muss, Treptow-Köpenick war immer, ist auch bis heute, ein Bezirk, in dem Beteiligung ganz oben und als extrem wichtig angesehen wird.

„Unser Job ist schon auch sich in manchen Situationen auf eine gewisse Weise schützend vor die Verwaltung zu stellen.“

00:24:09

Simone C. Gaul: Frau Schilling musste die ganze Zeit etwas lachen. Warum?

Ines Schilling: Weil Johannes das so schön beschrieben hat. Dass das keine einfache Aufgabe ist. Das ist nicht nur von Seiten der Verwaltung. Natürlich auch die Akteure, die Bürgerbeteiligung leben und mit welchem Selbstverständnis dann auch Sachen eingefordert werden. Wir sagen immer, wir haben ein Musterbeispiel in Adlershof, da geht es nur um eine Straße. Was heißt nur. Es geht um die Straße in Adlershof. Die neu gestaltet werden soll und die vor vielen Herausforderungen steht, weil sie einfach baulich ist, wie sie ist. Und für niemanden eine ideale Lösung bietet. Weder für den öffentlichen Personennahverkehr noch für Fußgänger, noch für Radfahrende, noch für den so genannten motorisierten Individualverkehr. Noch für Lieferzonen, noch für Aufenthaltsqualität. Sondern es ist am Ende ein Projekt gewesen, das immer ein Kompromiss für alle bedeutete. Und diesen Kompromiss herauszuarbeiten ist ein Prozess, der sehr, sehr lange gedauert hat. Und am Ende kamen 240 Anregungen.

Johannes Hipp: Es waren sechshundert am Ende.

Ines Schilling: Es waren über sechshundert. Ja, das stimmt. Und mit Anregungen, die es dann noch galt zusammen zu bündeln, zu clustern. Und es gab eben die Erwartung, dass wir auf jedes auch eine Antwort haben. Das überfordert alles. Und alle.

Johannes Hipp: Um das noch zu ergänzen: Unser Job ist schon auch sich in manchen Situationen auf eine gewisse Weise schützend vor die Verwaltung zu stellen. Das hat ganz viele Gründe. Und zwar arbeiten in der Verwaltung auch Leute, die haben zum Beispiel Bauingenieurwesen studiert. Und diese Leute haben auch zum Teil wenig

Erfahrung und auch nicht unbedingt den Willen oder das Gefühl man müsste sich vor eine Meute stellen, in Anführungsstrichen, oder vor wütende Leute. Sondern dafür muss es auch immer wieder Leute geben, die auch nicht so stark in den technischen Prozessen stecken. Sondern einfach auch eine Veranstaltung durchführen können, sich Bürgerwünschen und einer Diskussion auch stellen. Dem müssen wir uns auch stellen. Und das sind alles Diskussionen, die auch nicht immer freundlich sind. Die sind auch nicht immer im Konsens. Sondern genauso wie diese Welt eben funktioniert haben Leute verschiedene Wünsche und Ansprüche. Dafür gibt es auch uns. Dafür gibt es auch die SPK. Dass man diese Dinge abfedern kann.

Das Ziel der Beteiligung ist eben auch immer auch einen gemeinsamen Nenner zu finden, für Leute, die vielleicht wenig Partizipationserfahrung haben. Wir haben ja Leute in dieser Gesellschaft, die außerhalb von unserer Bubble vielleicht nicht jeden Tag auf Veranstaltungen gehen oder Teil einer Diskussionsrunde zu sein. Oder sich auch dort behaupten zu können. Und die treffen dann in manchen Veranstaltungen auf ehemalige Professoren, ehemalige Lehrer, die eine ganz andere Form der Diskussion führen können. Und da ist es wichtig, dass wir als Anlaufstelle, oder auch die SPK, eingreifen kann und sagen kann, wir leveln wieder hier. Wir müssen wieder ein gemeinsames Gespräch finden, damit Leute nicht runterfallen. Oder auf Veranstaltungen nicht mehr kommen oder vielleicht auch nie mehr kommen. Also wenn ich einmal in meinem Leben vielleicht eine sehr schlechte Partizipationserfahrung gemacht habe, überlege ich mir vielleicht dreimal, ob ich sie nochmal mir antun werde. Weil man auch immer bedenken muss, die Leute opfern auch zu Teilen ihre Freizeit dafür.

00:27:34

Benjamin v. d. Ahe: Das ist im Prinzip auch diese Intermediärfunktion, die Sie vorhin ansprachen, in der Kommunikation. Vor allem Sie eher mit dem Schwerpunkt in Richtung Bürgerinnen und Bürger. Kann man sagen, dass Ihr Schwerpunkt vielleicht eher die Intermediärfunktion in die Verwaltung rein ist?

Ines Schilling: Nein. Was ich noch nicht am Anfang gesagt habe, neben der Datenkoordination habe ich ein Team von Gebietskoordinatoren. Die Gebietskoordinatoren sind in den Räumen vor Ort, die sind mit den Akteuren in einem intensiven Austausch. Die kennen die Themen, die informieren auch zu den Themen. Es braucht manchmal keine Veranstaltung, wenn man eine Information auf kurzem Weg auch in Netzwerke geben kann. Das meinte ich mit wir analysieren nicht nur, sondern wir informieren auch.

Und das machen die Gebietskoordinatoren direkt auch vor Ort. Also wirklich auch direkt in die Bürgerschaft, in die Zivilgesellschaft hinein. Und auf der anderen Seite bringen sie das, was sie an Rücklauf haben, was sie an Informationen aus dem jeweiligen Ort, aus den Lebensräumen der Menschen haben, zurück in die Verwaltung und damit eben auch in die politische Ebene. Wir werden als Verwaltung auch politisch geführt. Und insofern gibt es diese Schnittstelle wirklich. Es ist eine wirkliche Schnittstelle. Wir sind nicht nur Übersetzer von Verwaltung nach unten, sondern eben auch umgekehrt. Was heißt nach unten. Also nach links und rechts oder nach oben, wie man auch immer man die Ebenen sehen möchte.

Wir haben die Gemeinwesenarbeit in der Ebene der Basisarbeit mit Aktionen vor Ort. Das wird meist in Stadtteilzentren, in Nachbarschaftseinrichtungen, in Treffpunkten gelebt. Das ist soziokulturelle Arbeit, das ist Engagement. Das ist auch Beteiligung auf

dieser Ebene. Dazwischen haben wir die Stadtteilkoordination. Das heißt, die sind oft auch angedockt bei freien Trägern. Und darüber gibt es sozusagen dann die Gebietskoordination der SPK. Die das Wissen aus der Stadtteilkoordination bewusst gezielt nutzt und auf der anderen Seite aber eben auch in der Basisarbeit mit verortet ist.

Johannes Hipp: Um vielleicht noch kurz zu ergänzen, der Bezirk Treptow-Köpenick hat im Vergleich zu anderen Innendstadtbezirken als Beispiel eigentlich zwei Welten. Wir haben einmal die hochverdichtete, urbane Fläche in AltTreptow irgendwie im Ländereck zwischen Kreuzberg und Neukölln. Und wir haben aber auch ganz alte, dörfliche, kleine Strukturen. Das heißt, wir haben auch dort ganz andere Lebensweisen und vor allem ganz andere Geschwindigkeiten. Und vor allem auch manchmal eine ganz andere Wahrnehmung von Stadt.

00:30:03

Simone C. Gaul: Was mich jetzt noch interessieren würde, wenn wir jetzt gar nicht in die Zukunft, sondern nochmal in die Rückschau gehen, seit diesen zehn Jahren, die Sie jetzt diesen Job machen, hat sich durch diese Stelle, diese SPK, diese Planungs-koordination denn in der Verwaltung etwas verändert?

Ines Schilling: Ich glaube, dieses vom Anfang, was macht ihr was wir nicht machen, ist geklärt. Das ist ziemlich klar, wo unser Mehrwert liegt und wo wir einbezogen werden. Wo es uns braucht. Und wo es uns nicht nur im bezirklichen Kontext braucht, sondern auch mittlerweile auf der Landesebene. Wir werden oft angesprochen, und ich glaube das ist ein großer Mehrwert von der Landesebene, wenn es fach- und ressortübergreifend ist und man immer mehrere Fachressorts erst ansprechen müsste. Dann kommt man auf uns zu und wir koordinieren oft Abstimmungsprozesse.

Wir sind selbst auf der Landesebene nicht angebunden. Das heißt, die SPKen haben kein so genanntes Spiegelreferat. Wir haben keine fachliche Anbindung, weder an eine Senatskanzlei noch an irgendeine Fachverwaltung. Wir organisieren uns selbst überbezirklich trotz alledem und tauschen uns auch aus. Wie lebt ihr bestimmte Abstimmungsprozesse in eurem Bezirk wie macht ihr das? Wie kriegt ihr eine Abstimmung gut hin? Wie kriegt ihr die Kommunikation gut geregelt? Und das ist der große Mehrwert, den wir jetzt haben.

„Wie oft erleben wir dann in der Praxis, dass Projekte mit ähnlichem Inhalt von unterschiedlichen Senatsverwaltungen aufgesetzt wurden, statt es miteinander zu verscheiden? Wir machen das hier im Bezirk. Wir sagen: Es gibt ein Projekt. Wer macht dazu schon etwas? Wie können wir unsere Ressourcen dazu bündeln? Auf der Landesebene sehe ich das noch nicht immer. Ich glaube, da gibt es noch Luft nach oben.“

00:31:29

Simone C. Gaul: Ist das ein Problem, dass es so eine Spiegelebene auf Landesebene nicht gibt? Bräuchte es das?

Ines Schilling: Wir haben zehn Jahre lang versucht wirklich ein Spiegelreferat zu finden. Haben viele, viele Wege dazu bestritten. Haben viel geschrieben, viel gesprochen, viel

vorgeschlagen. Immer im Verbund der bezirklichen SPKen, die es schon gab. Und haben ganz aktuell im November eine erste Klausur mal durchgeführt, weil es inzwischen viele Bezirke ja mit SPKen gibt. Und haben für uns festgestellt, das braucht es nicht. Es ist gut, dass es uns gibt in den Bezirken. Aber wir haben noch niemanden gefunden, der es auf der Landesebene so regeln würde. Ich würde mir für die Landesebene wünschen, dass es etwas Ähnliches gibt. Vor vielen Jahren habe ich mit einem Lichtenberger Kollegen mal in der Senatskanzlei gesessen, haben gesagt, wir unterstützen euch das auf der Landesebene aufzubauen. Ich glaube, es ist auch gut, wenn die Landesebene untereinander mal, gerade in der Projektarbeit, sich besser abstimmt und keine Parallelprozesse laufen.

Wie oft erleben wir dann in der Praxis, dass Projekte mit ähnlichem Inhalt von unterschiedlichen Senatsverwaltungen aufgesetzt wurden, statt es miteinander zu verscheiden. Wir machen das hier im Bezirk. Wir sagen: Es gibt ein Projekt. Wer macht dazu schon etwas? Wie können wir unsere Ressourcen dazu bündeln? Auf der Landesebene sehe ich das noch nicht immer. Ich glaube, da gibt es noch Luft nach oben. Aber nein, wir haben uns entschieden, wir kämpfen nicht mehr um ein Spiegelreferat.

„Und ich glaube, da ist den letzten zehn Jahre ganz viel passiert. Weil wir auch digitaler geworden sind. Die Bevölkerung ist digitaler geworden. [...] Es ist auch etwas, was auch am Ende dazu führt, dass man einen gewissen Druck aufbauen kann. Der heute deutlich stärker medial in die Öffentlichkeit getragen werden kann als vor zehn Jahren.“

00:33:00

Benjamin v. d. Ahe: Ich finde es sehr spannend. Mir war das gar nicht so richtig bewusst, dass das für die Landesebene auch so ein großer Vorteil ist, dass wenn Sie ein Anliegen bei mehreren Ämtern haben, sie dann über Sie gehen können. Aus der Perspektive hatte ich das noch gar nicht betrachtet. Umgekehrt fehlt Ihnen das ja an der Stelle. Sie hatten vorhin ja dieses Beispiel genannt mit der Nachverdichtung in dem Innenhof. Und auch nochmal anschließend an diese Frage, was ist jetzt heute eigentlich anders als vor zehn Jahren. Vielleicht sogar mal an diesem Beispiel, was für eine Art von Wohnraum entsteht auch für Familien, für Alleinstehende, all diese Fragen, was wäre denn jetzt bei dieser Frage zum Beispiel heute anders als vor zehn Jahren? Und auch so in dieser Rollenaufteilung.

Johannes Hipp: Es hat auch ein Paradigmenwechsel stattgefunden. In dem Gedanken wie Leute auf ihr Stadtviertel blicken. Oder auf ihren Wohnblock oder auf ihren Innenhof. Die Skalierung ist ja immer sehr abhängig von der Person. Und ich glaube, da ist den letzten zehn Jahre ganz viel passiert. Weil wir auch digitaler geworden sind. Die Bevölkerung ist digitaler geworden. Die Möglichkeiten sich zu vernetzen, Initiativen zu gründen, die es auch schaffen quasi aus dem Wohnzimmer in irgendeine breitere Bevölkerungsschicht zu kommen. Was prinzipiell erst mal etwas Gutes ist. Es ist auch etwas, was auch am Ende dazu führt, dass man einen gewissen Druck aufbauen kann. Der heute deutlich stärker medial in die Öffentlichkeit getragen werden kann als vor zehn Jahren.

„Aber egal ob ich dieses Thema nehme oder ein anderes, es geht immer darum, wie kriegen wir Eigeninteressen und Gemeinwohlinteresse gut miteinander verwoben und verknüpft und auch ein gegenseitiges Verständnis für das, was das Gemeinwohl braucht und das, was möglicherweise auch mit mir ganz persönlich zu tun hat.“

00:34:27

Ines Schilling: Und ich glaube auch die Pandemie hat nochmal einiges befördert. Leute haben sich manchmal auch gar nicht so sehr mit technischem Fortschritt beschäftigt. Also insbesondere auch Ältere nicht, die jetzt deutlich nachgezogen haben. Das merken wir in unserer Arbeit vor Ort sehr deutlich. Also Themen haben sich vervielfältigt. Wir haben eine neue Themenvielfalt. Und wenn wir das Thema Wohnraumverdichtung anschauen, haben wir natürlich eine Gruppe, die Bedarf hat. Ich brauche Wohnraum. Ich ziehe hierher und ich finde keinen Wohnraum. Die einen brauchen Wohnraum, die anderen möchten sich in ihrem Wohnraum nicht gestört fühlen. Da eine gute Balance zu finden, das ist eine neue Herausforderung.

Aber egal ob ich dieses Thema nehme oder ein anderes, es geht immer darum, wie kriegen wir Eigeninteressen und Gemeinwohlinteresse gut miteinander verwoben und verknüpft und auch ein gegenseitiges Verständnis für das, was das Gemeinwohl braucht und das, was möglicherweise auch mit mir ganz persönlich zu tun hat. Und da eine gewisse Vermittlung zu haben und Prozesse auch zu übersetzen und auch zu unterstützen und zu sagen, was tun wir, um auch das Gemeinwohl weiter zu fördern. Was ist der Mehrwert auch für die Menschen in der Gemeinschaft so zu leben. Das ist die große Kunst, die wir hier haben. Und die wir insbesondere auch mit Bürgerbeteiligung versuchen auch herauszustellen, herauszuarbeiten. Und gemeinsam daran zu wirken, dass man Ende auch etwas an Mehrwert kommt. Dass ich sage, gut, wir sind jetzt zwar hier dichter beisammen, aber dafür bekomme ich das, das und das noch und kann es noch mitgestalten, mit nutzen. Was auch immer es ist.

Johannes Hipp: Wir haben auch ein Problem in der Beteiligung bei der Nachverdichtung. Das ist ein ganz praktisches. Wir haben es mit einer sichtbaren greifbaren Gruppe zu tun. Das ist die Bewohnerschaft, die schon da ist. Es gibt aber eine andere Gruppe, die weiß gar nicht, dass sie eine Zielgruppe ist, und zwar potenzielle neue Mieter zum Beispiel. Aber wir haben immer das Problem in solchen Veranstaltungen oder Aushandlungsprozessen, dass eine Gruppe nicht da ist. Und die muss auch in einer gewissen Weise vertreten werden. Also was sind die Interessen von möglichen Leuten, die dorthin ziehen. Das sind Spekulationen natürlich. Aber es geht auch immer darum, das, was Ines gesagt hatte, rauszuarbeiten welche Potenziale hat auch ein Neubau. Und wir haben schon oft das Thema die Anonymität der Großstadt, wie auch immer die manchmal ausgelagert ist, aber dieses Kümmern innerhalb eines Wohnblocks, Hauses, Straße, wie auch immer. Diese nachbarschaftlichen Bezüge sind oft natürlich nicht mehr ganz so da. Durch eine neue Bewohnerschaft kann das auch wieder belebt werden. Weil ich Familien dort habe, weil ich Kinder habe, die einen stärkeren Bezug zur Nachbarschaft haben. Die auch darauf angewiesen sind diese Orte zu nutzen. Weil sie nicht zehn Kilometer irgendwo in den Wald fahren können oder möchten.

00:37:13

Simone C. Gaul: Das heißt, man denkt noch die unsichtbare Gruppe mit.

Benjamin v. d. Ahe: Beziehungsweise nicht nur eine unsichtbare Gruppe, oder? Wir haben jetzt als Kommune 360° auch wirklich besonders die Fragen der Teilhabechancen und der Kinderarmut im Blick. Und vielleicht sollte man auch an der Stelle nochmal sagen, auch für die nicht Berliner:innen, wie dramatisch sich das in den letzten Jahren hier entwickelt hat. Und auch die Wohnungsfrage zunehmend vielleicht sogar zu der zentralen sozialen Frage steht. Und das jetzt ein bisschen in Ihre Richtung gefragt, jetzt ist auch Treptow-Köpenick im Vergleich in Berlin jetzt nicht der Bezirk mit den größten sozialen Problemen. Und Armutslagen. Aber wer vertritt denn zum Beispiel dann Interessen tatsächlich der Leute mit ganz geringem Einkommen? Das ist ja nochmal vielleicht eine andere unsichtbare Gruppe, auch vielleicht eher mit Blick auf ganz Berlin.

Johannes Hipp: Die Frage ist gut. Ich habe die auch neulich gerade diskutiert mit einer Initiative, die sagt: Es gibt diese Leute und wir dürfen sie auch nicht negieren. Also auch nicht im Stadtbild negieren. Und nicht immer sagen, na ja, trifft euch doch im Café. Weil für ganz viele Leute ist auch der Kaffee, 3,50 Euro oder in der Spanne irgendwie, auch schon eine ganz große Hürde. Das darf man gar nicht unterschätzen. Also das heißt, der Anspruch, und das muss die Verwaltung, das muss auch der Planer oder die Planerin, das Büro, das beauftragt wird dort etwas zu bauen, hat natürlich den Anspruch das auch mitzudenken. Und da geht es um Orte, die man nutzen kann sich zu treffen, die keinen Konsumzwang haben, sondern einfach auch die Chance zu haben an einer Gesellschaft teilzunehmen.

„Was ist aber wenn nicht genug Kita- und Schulplätze zur Verfügung stehen? Und Menschen weite Wege auf sich nehmen, um überhaupt Kinder in der Kita unterbringen zu können. Wo bleibt dann die Gemeinschaft vor Ort?“

00:38:48

Simone C. Gaul: Wollten Sie gerade noch etwas sagen?

Ines Schilling: Das ist richtig. Treptow-Köpenick, wenn man sich Zahlen, Daten, Fakten wieder anschaut, dann sind wir nicht auffällig. Wir haben zwei Gebiete, die ich identifizieren würde, die wir sehr wohl betrachten müssen, weil dort viele Menschen leben, wo Kinder zum Beispiel von Lehr- und Lernmitteln befreit sind. Danach können wir ziemlich gut messen, wie die Einkommenssituation der Familien ist. Und dass diese Kinder von Armut betroffen sind. Das können wir sehr schnell sehr genau identifizieren. Dazu gibt es dann natürlich auch die entsprechenden Planungen bei uns im Jugendamt, die das sehr wohl im Blick haben. Es gibt im gesamten Bezirk Netzwerkrunden ausgesprochen nur zu diesem Thema. In denen wir uns damit beschäftigen, wie können wir diese Kinder abholen, welche Angebote können wir vorhalten. Und wir wissen, dass wir über die Kindertagesstätten, dass wir über die Schulen da sehr wohl einen guten Einfluss auch haben. Und sehr gut steuern können.

Was ist aber wenn nicht genug Kita- und Schulplätze zur Verfügung stehen? Und Menschen weite Wege auf sich nehmen, um überhaupt Kinder in der Kita unterbringen zu können. Wo bleibt dann die Gemeinschaft vor Ort. Also ja, wir schauen sehr wohl, was

wir zum Thema Nachverdichtung haben. Und viele der kommunalen Wohnungsunternehmen bringen zumindest die Kitas schon mit. Was noch lange nicht das Fachkräfteproblem löst. Dass die Kitas dann auch belegt werden müssen mit genügend Erziehern. Also es ist ein Rattenschwanz. Und wenn ich sage, diese Stadt wächst, dann kann ich nicht sagen, nur mit einer guten Beteiligung haben wir hier Probleme gelöst. Sondern was unser Anspruch ist, und ich glaube da muss man auch ehrlich sein, ist, dass wir möglichst viele Menschen ansprechen wollen. Dass wir zumindest die, die schon mal da sind, auch sensibilisieren wollen dafür, was mögliche Themen sind. Wie wir zusammenwachsen können. Und auch um Verständnis werben und Verständnis aufbringen möchten. Dass neue Menschen auch herzlich willkommen sind, weil die auch mit einem gewissen Leidensdruck kommen.

„Kontakte die ganz wichtig sind. Und wir unterstützen uns natürlich gegenseitig in ganz normalen verwaltungsinternen Themen wie: Wie gestalte ich, wenn ich ein Aufgabengebiet einrichte, eine Aufgabenbeschreibung?“

00:40:45

Simone C. Gaul: Ich wollte nochmal einen Schritt zurücktreten auch zu den anderen Bezirken. Was hören Sie denn so aus den anderen Bezirken? Also Sie haben jetzt diese SPK-Stelle hier. Sie scheinen auch eher im Vergleich da ein bisschen weiter vorne mit dabei zu sein. Wie läuft das denn so bei den anderen? Was kriegt man denn da so mit?

Ines Schilling: Die Themen sind überall die gleichen. Wir haben diese Themenvielfalt im Zuge der Mobilitätswende. Es müssen sich auch alle an das Mobilitätsgesetz halten. Wir haben die großen Themenspeicher zum Beispiel auch eine klimaneutrale Verwaltung. Also wie gehen wir als Verwaltungsmitarbeitende damit auch um. Dann eben auch des Klimawandels. Wie gehen wir mit Initiativen gezielt auch dazu um. Wer ist dazu unterwegs, welche Erfahrungen gibt es. Wir unterstützen uns natürlich auch gegenseitig: Wie habt ihr bestimmte Themen auch angefasst? Wie habt ihr euch dem genähert? Wie habt ihr es umgesetzt? Welche guten Methoden habt ihr dazu entwickelt? So dass nicht jeder jedes Mal in den Methodenkoffer gucken muss: Gott, was habe ich denn da? Sondern was haben wir gemeinsam dort? Und können wir da voneinander profitieren? Kontakte die ganz wichtig sind. Und wir unterstützen uns natürlich gegenseitig in ganz normalen verwaltungsinternen Themen wie: Wie gestalte ich, wenn ich ein Aufgabengebiet einrichte, eine Aufgabenbeschreibung? Dass wir uns da auch unterstützen. Dass nicht jeder alles neu erfinden muss.

„Was eben festgesetzt ist nach Bezirksverwaltungsgesetz und nach den Richtlinien auch der Einrichtung von so genannten Geschäftsberichten, dass die SPK künftig bei den Bürgermeisterbereichen, also bei den Bürgermeisterinnen und bei den Bürgermeistern direkt angedockt ist. [...] Das eint uns. Und das macht es für uns auch in der Zusammenarbeit total einfach. Weil wir einfach vergleichbare Strukturen damit haben.“

00:42:11

Simone C. Gaul: Und dieses Modell mit einem externen Partner, wie jetzt in dem Fall eben Herr Hipp, da zusammenzuarbeiten, ist das auch gängig?

Ines Schilling: Nicht alle SPKen haben die Bürgerbeteiligung in ihrer Organisationseinheit verankert. Es haben alle das Konstrukt intern, extern. Aber es haben nicht alle das Konstrukt Teil der SPK zu sein. Ich glaube, das kann man herausstellen. Wir haben zwölf Bezirke. Die Bezirke haben auch eine eigenständige Entscheidungsfreiheit dazu. Was eben festgesetzt ist nach Bezirksverwaltungsgesetz und nach den Richtlinien auch der Einrichtung von so genannten Geschäftsberichten, dass die SPK künftig bei den Bürgermeisterbereichen, also bei den Bürgermeisterinnen und bei den Bürgermeistern direkt angedockt ist. Das war eben vorher auch anders. War zum Teil in der Stadtentwicklung. Das ist jetzt komplett aufgeräumt. Das eint uns. Und das macht es für uns auch in der Zusammenarbeit total einfach. Weil wir einfach vergleichbare Strukturen damit haben.

00:43:08

Simone C. Gaul: Und das macht auch total Sinn. Wenn man sagt, das soll eine Stelle sein, die koordiniert, dann ist es ja eigentlich kontraproduktiv, wenn die in einem anderen Amt mit drin sitzt oder in einer anderen Abteilung.

Ines Schilling: Genau. Und deswegen war so die Überlegung mit der Senatskanzlei ein Konstrukt zu finden. Weil wenn wir alle bei den Bürgermeisterbereichen sind, macht es einfach Sinn an eine Senatskanzlei zu denken, in der Struktur. Aber gut. Vielleicht wollen sie uns irgendwann ja doch. Mal sehen.

Johannes Hipp: Man muss man auch sagen: Dadurch, dass es so hierarchisch ist, ist es auch eine strategische Frage. Wo sind diese Einheiten angedockt? Bin ich im Planungsamt, habe ich nur eine reine städtebauliche Ausrichtung. Das kommt aus der Fachwelt heraus. Was ja kein Vorwurf ist. Und der Trend, ohne jetzt die genaue Historie zu kennen, aber der Trend gerade solche Einheiten auszulösen aus so einer Facheinheit ist eine strategische und die ist natürlich auch wichtig

„Und ja, es braucht auch den klaren politischen Willen dazu. Wir haben hier einen Bürgermeister, der ganz eng verwurzelt ist mit seinem Bezirk. Und der kennt die Menschen. Er kennt die Orte und er versteht, wovon ich spreche. Und der hat mir immer sehr aufmerksam zugehört.“

Benjamin v. d. Ahe: Ich fand es sehr spannend, dass Sie vorhin relativ am Anfang des Gespräches gesagt hatten, als Sie hierher kamen, mit dem Blick auf diesen Bezirk, es erlebt haben, dass hier Beteiligung schon einen sehr hohen Stellenwert hatte. Und wir als Kommune 360° bringen auch so ein Stück weit die Hypothese mit, dass das schon eine Haltungsfrage, eine Wertungsfrage ist. Oder mal andersherum ausgedrückt, das beste Beteiligungsbüro mit dem besten Personal nützt einem gar nichts, wenn man nicht bestimmte Werte in der Verwaltung verankert, dass Beteiligung einen Mehrwert bietet. Und was mich jetzt wirklich nochmal sehr interessieren würde, Sie erwähnten den Bürgermeister, für den es wichtig ist, aber wo kommen denn diese Ursprünge her? Also wo kommt sozusagen diese hohe Wertigkeit der Beteiligung her? Das kann nicht

nur ein Bürgermeister alleine. Ohne ihn geht es vielleicht auch nicht. Aber was hat sich auch kulturell vielleicht in der Zeit getan?

Ines Schilling: Ich habe einen Moment gebraucht, um nochmal darüber nachzudenken, wie es eigentlich angefangen hat. Wie habe ich auch angefangen. Ich habe angefangen mit den Interessenvertretern der Bürgervereine und Bürgerinitiativen. Da war der Altersdurchschnitt deutlich über siebzig. Das waren die Vorsitzenden der traditionellen Bürgervereine. Die haben gesagt: Wir brauchen mehr Demokratie, wir müssen etwas voranbringen. Und die sind in die BVV und die haben Positionspapiere erarbeitet. Und haben immer gesagt, wir brauchen mehr Beteiligung, es braucht etwas. Das waren auch diejenigen die gesagt haben, Ines, wir wollen Leitlinien.

Heidelberg ist vorangegangen. Lass uns auch solche Leitlinien machen. Dann habe ich mit dieser Gruppe wirklich Stunden gesessen, Stunden verbracht. Wir haben uns Leitlinien aus anderen Kommunen angeschaut. Wir haben die für uns gefiltert. Wir haben Empfehlungen daraus erarbeitet. Wir sind in die Bezirksverordnetenversammlung in den Haushaltsausschuss damit gegangen. Haben uns viel Häme abgeholt, so nach dem Motto, was ihr jetzt wollt, wir sind die gesetzlich gewählten Vertretungen und wir entscheiden über den Bezirk und mit welcher Legitimation wollt ihr jetzt hier etwas Neues? Also wir wollten in den Regionen auch Sprecher. Also wir hatten viele, viele gute Ideen, die da eingesammelt wurden, die wir aufbereitet haben. Und ich glaube, in diesem Prozess waren wir sehr hartnäckig. Und das hat es letztlich auch sichtbar gemacht. Und damit haben wir nicht erst 2012 oder 13 angefangen. Sondern 2007, 2008. Und fortfolgend. Ich bin wirklich viele, viele Jahre mit den Frauen und Männern unterwegs gewesen. Einige gibt es schon gar nicht mehr. Die sind leider schon verstorben und haben gar nicht gesehen was der Erfolg auch von dem ist, was sie mal mit ganz viel Konsequenz angefangen haben. Und ich glaube, da liegt der Ursprung.

Wir hatten, als ich in der SPK angefangen habe, den jüngsten Bürgermeister in Berlin. Inzwischen ist er das nicht mehr. Den Rang haben ihm andere ablaufen. Er ist jetzt der dienstälteste Bürgermeister in Berlin. Nicht der älteste, aber der dienstälteste. Er ist in der dritten Legislatur. Und er hat mich von Anfang an begleitet in diesem Prozess. Und ja, es braucht auch den klaren politischen Willen dazu. Wir haben hier einen Bürgermeister, der ganz eng verwurzelt ist mit seinem Bezirk. Und der kennt die Menschen. Er kennt die Orte und er versteht, wovon ich spreche. Und der hat mir immer sehr aufmerksam zugehört. Und er war auch sehr kritisch in dem, was ich ihm auch erzählt habe, was ich ihm auch übermittelt habe und auch in den Treffen, die wir eben zum Beispiel mit Bürgervereinen und Bürgerinitiativen hatten. Also das so in der Historie. Und ich glaube, das ist inzwischen ein Stück gelebte Wirklichkeit.

Auch in dem Verhandlungsprozess Kiezkassen. Wir hatten es ja ganz am Anfang. Dieses Instrument zu nutzen, das ist ja bewusst ein Instrument, was die Bezirksverordneten für sich weiterentwickelt haben. Diese Idee aufzugreifen, zu sagen, wir übernehmen auch Verantwortung dafür, dass wir unserem Auftrag gerecht werden und hier Prozesse mit begleiten. Da gibt es eine ganz starke Vermengung auch von den Engagierten, von den Beteiligten, von der Verwaltung und von der Politik. Sehr schönes Konstrukt, was es, glaube ich auch nochmal befördert.

Benjamin v. d. Ahe: Das heißt, Sie gehen selber auch wirklich regelmäßig in die Ausschüsse rein oder in die Bezirksverordnetenversammlung? Ist das wichtig auch hier den ganz direkten Draht zu haben aus Ihrem Arbeitsbereich heraus?

Ines Schilling: Es wird zum großen Teil natürlich das Instrument der Bürgerfragestunde genutzt. Das heißt, in der Bezirksverordnetenversammlung auch gezielt Anfragen zu stellen. Das machen viele Initiativen. Auch um ihre Interessen deutlich in die Politik artikulieren zu können. Und auch sichtbar zu machen. Und auch Antworten zu bekommen. Und mit der Bürgerbeteiligung gehen wir inzwischen nicht mehr in diese Runden. Sondern wenn wir eingeladen werden. Wir bieten jetzt immer, wenn ihr wollt, wir sind da, wir bieten das Gespräch jederzeit an. Das läuft inzwischen individuell. In die Ausschüsse gehen wir eher weniger.

„Wir profitieren total davon, wenn politische Leitung sagt: Wir sind für die Menschen da und egal welche politische Schwerpunktsetzung wir haben, wir arbeiten für die Menschen und wir arbeiten so zusammen, dass es für die Menschen ein Mehrwert ist. Und dieses politische Verständnis dieser Legislatur ist deutlich zu spüren.“

00:48:43

Simone C. Gaul: Ich fand auch den Punkt Hartnäckigkeit noch sehr gut.

Johannes Hipp: Um den Begriff Hartnäckigkeit, die Anlaufstellen haben auch eigene Runden, wo wir uns austauschen. Ohne die Verwaltung. Und es ist schon so, dass uns viele Bezirke um eine Sache beneiden. Und diese Sache heißt Ines Schilling. Auch wenn das jetzt sehr loblich und vielleicht ein bisschen too much klingt. Aber es ist doch das. Weil wir es geschafft haben in Treptow-Köpenick an ganz viele Leute ranzukommen, die ganz schwer greifbar sind. Weil sie mit Beteiligung erst mal ganz wenig zu tun haben.

Benjamin v. d. Ahe: Genau. Hartnäckigkeit, langer Atem, zehn Jahre sind auch eine lange Zeit. Es ist ja das Normalste der Welt, dass es bei solchem Findungsprozesse Befürworter gibt, das gibt es Verbündete, da gibt es Widerstände, das ist ja das Normalste Welt.

Wenn man da nochmal so hinschaut, wo gab es Widerstände? Sind das eher einzelne Personen oder gibt es zum Beispiel auch Unterschiede zwischen den verschiedenen Ebenen? Also war es schwieriger die Stadträte mitzunehmen oder war es schwieriger die Amtsleitungen mitzunehmen oder schwieriger auch vielleicht eher die Fachkräfte und Planungskräfte mitzunehmen? Wir haben auch so ein bisschen so ein Lerninteresse und versuchen so ein bisschen auch Muster zu finden auch für andere Kommunen.

Ines Schilling: Es ist gar nicht so einfach zu beantworten. Ich arbeite mit Menschen. Und es hat etwas damit zu tun, ob wir uns vertrauen. In dem, was wir tun. Und ich erlebe gerade mit der neuen Legislatur und einem neuen Bezirksamt, also einer neuen politischen Leitung, einen extremen Aufschwung. Weil ich gerade mit der neuen Leitung wirklich gut zusammenarbeite. Da ein sehr vertrauensvolles Verhältnis da ist. Und die neuen Leitungen auch der Expertise, die wir uns erarbeitet haben, intern wie extern, vertrauen. Und wir gemeinsam nach Lösungen suchen, wir gemeinsam Veranstaltungen planen. Welche nächsten Schritte folgen daraus. Und ich glaube, dieses tiefe Vertrauen miteinander zu arbeiten, das macht es hier so besonders.

Und das hat auch nochmal, so erlebe ich es gerade, jetzt nochmal extrem Aufschwung gegeben. Mit diesem neuen etwas anders agierenden Bezirksamt. Wir profitieren total davon, wenn politische Leitung sagt: Wir sind für die Menschen da und egal welche politische Schwerpunktsetzung wir haben, wir arbeiten für die Menschen und wir arbeiten so zusammen, dass es für die Menschen ein Mehrwert ist. Und dieses politische Verständnis dieser Legislatur ist deutlich zu spüren. Und das macht unsere Arbeit gerade extrem wertvoll und im Arbeiten sehr, sehr viel entspannter. Und wenn einer Kommune es gelingt, dass Politik sich einig ist, es geht um Menschen vor Ort, wie gesagt, jeder mit seiner politischen Schwerpunktsetzung, und man versucht gute Wege zu finden, dass das am Ende auch sichtbar ankommt und dabei Instrumente wie die Bürgerbeteiligung oder auch das bürgerschaftliche Engagement gezielt zu nutzen und sich mit den Experten, nämlich der Fachverwaltung, dazu auch auszutauschen und den Menschen, die da arbeiten zu vertrauen, dann kann es nur erfolgreich werden. Und das erlebe ich gerade und das ist ein extremer Gewinn. Ich bin dankbar, dass ich das nach über dreißig Jahren so erleben darf. Und das ist eine neue Qualität. Und das ist für mich auch ein Kulturwandel in der Verwaltung.

00:51:58

Simone C. Gaul: Eigentlich ist das fast schon ein phantastisches Schlusswort gewesen. Kann man fast schon sagen.

Benjamin v. d. Ahe: Ja, wunderbar. Ich finde auch. Ich finde das mit dem Vertrauen ist wirklich, glaube ich, auch ein sehr, sehr wichtiger Punkt. Und wenn mir jetzt noch mehr Zeit hätten, haben wir jetzt nicht, aber was kann man denn dafür tun, wenn man jetzt in eine andere Kommune schaut, wo so ein Vertrauen noch nicht da ist, um das zu stärken. Das finde ich zum Beispiel noch eine sehr spannende Frage, mit der wir uns bestimmt auch noch in anderen Folgen im Podcast weiter beschäftigen werden. Genau. Wie kriegt man das hin.

„Es fängt an bei der politischen Leitung. Wenn die politische Leitung sich einig ist und sagt: Wir arbeiten nicht gegeneinander, jeder versucht sich selbst herauszustellen, sondern wir arbeiten miteinander und dabei können wir uns selbst herausstellen. Dann ist das ein anderes Selbstverständnis.“

00:52:24

Simone C. Gaul: Haben Sie da noch einen Rat?

Ines Schilling: Es fängt an bei der politischen Leitung. Wenn die politische Leitung sich einig ist und sagt: Wir arbeiten nicht gegeneinander, jeder versucht sich selbst herauszustellen, sondern wir arbeiten miteinander und dabei können wir uns selbst herausstellen. Dann ist das ein anderes Selbstverständnis. Und vielleicht ist das auch eine Generationenfrage. Dass jüngere Politiker mit einem anderen Selbstverständnis rangehen als erfahrene, ältere Politiker die in einer anderen politischen Kultur auch groß geworden sind. Oder in einer anderen politischen Kultur sich bisher bewegt haben. Dann neue Wege zu gehen. Also ich sehe da sehr stark den Generationenwandel.

Wir sehen ja auch, dass sehr viel Jüngere sich sehr viel engagierter auch in Themen einbringen, was nicht selbstverständlich war. Also auch die Chance in der Kinder- und

Jugendbeteiligung sie nochmal stärker zu fördern, zu sensibilisieren, damit auch anders, wenn man an Demokratiebildung denkt, sich vielleicht auch für politische Ehrenämter zu entscheiden. Das hat einen anderen Stellenwert bekommen. Und ich glaube, das hat die Chance wir bilden anders, wir gehen anders auch im Demokratieverständnis miteinander um. Wie gesagt, unser Bezirksamt ist Mitte dreißig, der Großteil.

Ich habe das Gefühl, das macht etwas. Im Umgang miteinander. Und dieses Selbstverständnis im Umgang oder eben auch schnell eine Mail, schnell eine Nachricht, auch mal eine WhatsApp zu schreiben: Du, ich brauche etwas ganz dringend von dir. Egal wie spät das ist. Das sind Arbeitsweisen, die waren vorher nicht so. Mein Dienst endet eigentlich nie. Ich bin irgendwie auch anders erreichbar. Jeder weiß, wenn man mich erreichen will, man kann mir auch 22 Uhr noch eine Nachricht schreiben. In der Regel lese ich die auch und antworte auch wenn ich es kann. Wenn es dann mal schnell ist. Also da auch nicht so einen Zeck zu machen zu sagen, das ist hier aber nicht verwaltungskonform.

„Und was wirklich ein extremer Fortschritt ist bei Planungen, jetzt hier auch, wo ich meinen Kollegen auch total dankbar bin, sie haben eine Projektidee und holen jetzt schon uns beide mit einem Selbstverständnis dazu. Das wird nicht erst alles intern besprochen.“

00:54:18

Benjamin v. d. Ahe: Sie haben sehr oft betont, bei diesen übergreifenden Prozessen, dieses von Anfang an. Also von Anfang an die Beteiligten und Entscheidungsträger:innen mit einzubeziehen und nicht erst später. Ist das nicht auch ein wichtiger Punkt für einen Vertrauensaufbau? Der Zeitpunkt, wo ich jemanden mit einbeziehe?

Ines Schilling: Im Leitlinienprozess war uns ein Aspekt wichtig, frühzeitig. Was ist frühzeitig? Es reden immer alle von transparent. Wir müssen Sachen öffentlich machen, wir müssen sie sichtbar machen, müssen sie spürbar machen. Und dann haben wir immer gesagt, frühzeitig. Und alle haben gesagt: Wir wollen so früh wie möglich einbezogen werden. Was ist denn gut, so früh wie möglich? Wenn Rahmenbedingungen klar sind? Oder ist es dann schon zu spät? Sollen wir die Rahmenbedingungen vielleicht zusammen verhandeln? Und wir haben uns ein gutes Selbstverständnis aufgebaut und eine relativ sichere Methode auch entwickelt, wie wir dem gerecht werden. Wir schauen was ist das Thema, wer ist in dem Thema alles beteiligt. Und dann kommen wir schon alle zusammen. Wie so eine Art Kickoff. Und was wirklich ein extremer Fortschritt ist bei Planungen, jetzt hier auch, wo ich meinen Kollegen auch total dankbar bin, sie haben eine Projektidee und holen jetzt schon uns beide mit einem Selbstverständnis dazu. Das wird nicht erst alles intern besprochen. Und wenn dann alles soweit besprochen ist, dann kommen wir dazu und können nichts mehr daran ändern. Und das ist eben auch Vertrauen und Selbstverständnis in der Zusammenarbeit geworden. Und das weiß ich wirklich sehr zu schätzen. Dass wir das erreicht haben.

Johannes Hipp: Der eine fehlende Satz noch von mir zum Ende. Das eine ist die politische Fragestellung., also auf dieser politischen Ebene. Das andere ist das operative. Man hockt hier in einem Rathaus, da sind irgendwie ganz viele Zimmer und dahinter sitzen ja Leute. Die arbeiten an irgendwas. Und das was für uns und für uns alle die

Arbeit erleichtert und auch gut macht und besser macht, ist dass diese Leute offen sind dafür andere Fachämter auch zuzulassen. Und das klingt jetzt sehr einfach, aber das ist ein ganz, ganz komplexer Bereich. Und auch zu verstehen was kann der eine dazu tun und was kann der andere dazu tun, dass wir das besser machen, effizienter, schneller machen können. Für mich als externer Dienstleister ist es so oder so manchmal erstaunlich, dass das so schnell ging. Weil ich komme aus einer ganz anderen Richtung heraus. Aber es hat funktioniert, weil ich auch Dinge anbieten konnte, die an manchen Stellen gefehlt haben. Das heißt, Hilfeleistung, sonstige Dinge die manchmal hier ins Stocken geraten. Wo wir jetzt an einem Punkt sind, dass ich mit diesen Leuten gut und auch auf Augenhöhe zusammenarbeiten kann. Und die Betonung liegt auf zusammenarbeiten. Um gemeinsam Dinge besser zu machen.

00:57:06

Simone C. Gaul: Ich glaube, jetzt haben wir wirklich unser Schlusswort, oder?

Benjamin v. d. Ahe: Ja. Absolut.

Simone C. Gaul: Gemeinsam Dinge besser machen. Mit Vertrauen in die Arbeit. Danke Frau Schilling, danke Herr Hipp, dass wir hier sein durften und so spannende Einblicke bekommen haben.

Ines Schilling: Ja, wir bedanken uns auch.

Johannes Hipp: Gerne.

Ines Schilling: Dankeschön.

Simone C. Gaul: Alles Gute. Tschüss.

Johannes Hipp: Dankeschön.

00:57:28

Simone C. Gaul: Ja, das war unsere Folge aus dem Rathaus in Treptow-Köpenick mit Ines Schilling und Johannes Hipp. Wir haben über den Ansatz der Sozialraumorientierung gesprochen. Die Sozialraumorientierung ist Mitte der 1990er Jahre schon entstanden. Das ist ein Ansatz, der kommt unter anderem aus dem Rahmen des Projekts Soziale Stadt. Und ist so eine Art Weiterentwicklung der Gemeinwesenarbeit. Heute ist die Sozialraumorientierung als Ansatz in der sozialen Arbeit sehr verbreitet und auch in der kommunalen Praxis.

Benjamin v. d. Ahe: Wir denken, Sozialraumorientierung ist für wirklich gelingende Kooperation und Beteiligung wirklich enorm wichtig. Daher haben wir für Sie weitere Informationen in unseren Shownotes zusammengestellt. Unter anderem auch Erklärvideos und weitere Praxisbeispiele. Darunter finden Sie beispielsweise das Fachkonzept mit den Grundprinzipien vom Urvater der Sozialraumorientierung, Wolfgang Hinte, Beispiele für Sozialraumbudgets und einen wirklich empfehlenswerten tollen Praxisleitfaden für eine partizipative sozialräumliche Planung und Strategieentwicklung. Oder eben auch ein ganz anderes Beispiel, die kommunalen Bildungslandschaften, die ebenfalls dem sozialraumorientierten Ansatz folgen. Dazu gibt es auch Hintergrundinfos zum Berliner Ansatz und Konzept der Bürger:innenbeteiligung und Sozialraumorientierung.

00:58:50

Simone C. Gaul: Genau. Also viele, viele spannende Infos bei uns hier in der Folgenbeschreibung. Und auch in der nächsten Folge in zwei Wochen, da ist

Sozialraumorientierung wieder ein Thema. Da sprechen nämlich Manuela Dorsch und ich über Quartiersmanagement. Und unser Gast ist ein langjähriger Quartiersmanager aus Bremen.

Benjamin v. d. Ahe: Wenn Sie uns schreiben möchten, wenn Sie Fragen haben, Kritik, Lob, Anregungen, was auch immer, senden Sie uns gerne eine E-Mail an podcast@kommune360.de. Wir freuen uns auf Ihr Feedback.

Simone C. Gaul: Genau. Und der Kommunenpodcast ist eine Produktion der Initiative Kommune 360°. Die Initiative ist ein Projekt der Auridis Stiftung, der deutschen Kinder- und Jugendstiftung und von PHINEO. Und außerdem wird unser Podcast vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert. Und ja, jetzt sagen wir danke, dass Sie uns zugehört haben und wenn Sie mögen, dann bis in zwei Wochen.